Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Gerolsbach

Kostensatzung

Die Gemeinde Gerolsbach erlässt aufgrund von Art. 20 des Kostengesetzes und Art. 23 der Gemeindeordnung folgende Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis:

§ 1

Die Gemeinde Gerolsbach erhebt für Tätigkeiten im eigenen Wirkungskreis, die sie in Ausübung hoheitlicher Gewalt vornimmt (Amtshandlungen), Kosten (Gebühren und Auslagen).

§ 2

Die Höhe der Gebühren bemisst sich nach dem Kostenverzeichnis (Kommunales Kostenverzeichnis, KommKVz), das Anlage zu dieser Satzung ist.

Für Amtshandlungen, die nicht im Kostenverzeichnis enthalten sind, wird eine Gebühr erhoben, die nach im Kostenverzeichnis bewerteten vergleichbaren Amtshandlungen zu bemessen ist. Fehlt eine vergleichbare Amtshandlung, beträgt die Gebühr *fünf bis 25 000 Euro*.

§ 3

Für folgende nicht im Kommunalen Kostenverzeichnis, KommKVz enthaltene Handlungen wird eine Gebühr erhoben:

a) für die Benachrichtigung nach Art. 71 Abs. 1 Satz 3 BayBO	
	(Nachbarbeteiligung durch die Gemeinde) je Nachbar	15,34 Euro
b) für die Äußerung, ob ein gemeindliches Vorkaufsrecht ausgeübt	
	wird (§ 28 Abs. 1 BauGB) vom Kostenschuldner (=Käufer)	15,34 Euro
C)	Einleitung von Abwässern aus Hauskläranlagen in die	
	gemeindliche Kläranlage je cbm	11,50 Euro
ď) Einleitung von Fäkalschlamm aus Hauskläranlagen	
	in die gemeindliche Kläranlage je cbm	17,90 Euro

§ 4

Diese Satzung tritt am 01.01.2002 in Kraft. (Gleichzeitig tritt die Satzung vom 11. März 1998 außer Kraft.)

Gerolsbach, den	Rieß
	1. Bürgermeister